

Studie **Unsere 100 kleinsten Dörfer**

– Ergebnisbericht –
Stand: 27.10.2016



Entwicklungsagentur
Rheinland-Pfalz e.V.

Auftraggeber:



Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V.
Adolf-Kolping-Str. 4
55116 Mainz

Susanne Tschirschky (Projektleitung)

Auftragnehmer:



Villa Scheurer
Falkensteiner Weg 3
67722 Winnweiler

Anne-Marie Kilpert (Projektleitung)

Tel.: 06302-9239-21/-16
E-Mail: anne-marie.kilpert@entra.de

Rheinland-Pfalz ist nicht nur das Bundesland mit den meisten - sondern auch mit kleinsten Gemeinden: Insgesamt gibt es rund 2.300 Gemeinden, davon haben 140 weniger als 100 Einwohner. Die kleinste zählt elf Einwohner und liegt im Eifelkreis.

Doch wie passen diese Größenordnungen mit dem deutschlandweiten Trend des demografischen Wandels zusammen? Wie gehen Kleinstgemeinden mit den aktuellen Entwicklungen um und was können andere von ihnen lernen?

Inhalt

In Kürze	1
1 Projekthintergrund	2
2 Leitfragen der Studie.....	3
3 Untersuchungsraum	4
4 Ergebnisse	7
5 Handlungsempfehlungen	12
6 Fazit	14
7 Anlagen	I
7.1 Methodik	I
7.2 Exkurs: Aufgaben von Gemeinden in Rheinland-Pfalz	II
7.3 Übersicht der 100 kleinsten Gemeinden in Rheinland-Pfalz.....	V
7.4 Fragebogen der Studie	VII

In Kürze

Seit den 1970er Jahren ist in vielen Ländern Europas derselbe Trend zu beobachten: Die Geburtenrate sinkt und der Altersdurchschnitt steigt. Diese Entwicklung wird sich perspektivisch noch verstärken und die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen.

Wissenschaft und Politik diskutieren seit langem kontrovers über den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf Daseinsvorsorge und Siedlungsstruktur. Gerade kleinere Gemeinden geraten ins Visier und es wird öffentlich über deren Daseinsberechtigung debattiert. Immer wieder wird - wie etwa in Studien des Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung - das Postulat der gleichwertigen Lebensbedingungen in Frage gestellt und sogar Forderungen nach der Reorganisation oder gar dem Rückbau von Siedlungsstrukturen in "tragfähige (größere) Größeneinheiten" laut.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland mit rund 2.300 eigenständigen Kommunen. Das kleinste rheinland-pfälzische Dorf hat elf Einwohner. Kritikern zur Folge sind diese dörflichen Strukturen aufgrund sinkender Einnahmen, steigender Pro-Kopf-Kosten und fehlender Daseinsvorsorge auf Dauer so nicht lebensfähig. Dennoch existieren diese Dörfer schon seit Jahrhunderten und Beschwerden der dort lebenden BürgerInnen gibt es in den seltensten Fällen.

Die Studie „Unsere 100 kleinsten Dörfer“ untersucht die Frage, wie die kleinen Dörfer der Erfüllung von kommunalen Aufgaben nachkommen und wie sie sich als Wohn- und Lebensort aufstellen.

Die Bürgermeister schätzen ihre Lage größtenteils positiv ein und stellen eine optimistische Prognose für ihre Gemeinde. Fehlende Versorgungsstrukturen werden nicht bemängelt. Durch das Engagement der Dorfgemeinschaft entstehen nach deren Einschätzung keine signifikanten Engpässe mit dem Ergebnis, dass sich die BürgerInnen gut versorgt fühlen.

Die Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen durch eine alternde Gesellschaft werden in den Ortsgemeinden bzw. von den kommunalpolitischen Akteuren nicht als Problem identifiziert und diskutiert. Vielmehr stehen dort tagesaktuelle Themen im Vordergrund. Die Einschätzung der Bürgermeister in Bezug auf ihre Bevölkerungsentwicklung steht oftmals in Diskrepanz zu den tatsächlichen statistischen Zahlen: Deren Einschätzungen fallen deutlich optimistischer aus. Demzufolge werden Handlungsdruck und -erfordernisse nicht identifiziert, sondern eher von außen gesehen als von innen wahrgenommen.

Der enge Kontakt und die intensive Einbindung der BürgerInnen fördern das Ehrenamt und die Nachbarschaftshilfe. Die Bürgermeister fühlen sich für ihre Gemeinde verantwortlich und nehmen häufig die Rolle des „Kümmers“ ein. Viele BürgerInnen engagieren sich in Vereinen oder leisten andere, ehrenamtliche Unterstützung. Dieses Engagement hilft, die negativen Folgen der demografischen Entwicklung aufzufangen, wobei dieses Engagement von den Ehrenamtlichen als Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kooperieren die Ortsgemeinden (mehr oder weniger bewusst) bereits in unterschiedlichen Bereichen. Dabei lassen sich formalisierte Kooperationen von gemeinsamem Engagement zum Erhalt des Gemeindelebens unterscheiden.

Die Studie zeigt: Die Einwohnerzahl allein bestimmt nicht über die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde. Es gibt weitere Einflussfaktoren wie beispielsweise Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe

und Kooperationen, die eine wesentliche Rolle spielen können. Letztlich sind all diese Faktoren vor dem Hintergrund der Haushaltslage zu betrachten.

1 Projekthintergrund

In Rheinland-Pfalz gibt es 2.169 Ortsgemeinden, davon haben 5% weniger als 80 Einwohner; die kleinste Gemeinde hat nur elf Einwohner. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Kleinstgemeinden¹ wie in Rheinland-Pfalz. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurden in Rheinland-Pfalz weitestgehend auf Eingemeindungen in den 1960er und 1970er Jahren verzichtet.

Jede dieser Kleinstgemeinden verfügt über ein eigenes, ehrenamtlich tätiges, kommunalpolitisches Parlament, bestehend aus Bürgermeister und Gemeinderat. In ihrer Aufgabenwahrnehmung werden die Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz durch die Verbandsgemeinden unterstützt. Viele dieser 100 Gemeinden haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten keine bedeutenden Bevölkerungsentwicklungen erlebt (s. Kap. 7.3). Sie sind dementsprechend schon lange Wohn- und Lebensort für eine sehr geringe Anzahl von Bewohnern.

Mit Blick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz sollen diese Gemeinden nun genauer in Bezug auf ihre Aufgabenwahrnehmung untersucht werden: Wie funktionieren diese Kleinstgemeinden als Lebens- und Wohnort? Inwiefern trägt das ehrenamtliche Engagement der Bewohner zur Aufrechterhaltung von Strukturen bei? Um einer Antwort näher zu kommen wurden dafür die 100 kleinsten Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz interviewt.

Ziel der Studie ist es, Faktoren zu identifizieren, die dazu beitragen, dass Gemeinden mit wenigen Einwohnern dennoch zukunftsfähig bleiben. Dabei spielt auch die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Gemeinden eine Rolle. In naher Zukunft werden immer mehr Gemeinden in die Situation kommen, trotz Einwohnerrückgängen Strukturen und Funktionen aufrechterhalten zu müssen. Im Fokus stehen dabei insbesondere auch ehrenamtliche Strukturen, sei es in der Kommunalpolitik, der Daseinsvorsorge oder der Freizeitgestaltung.

Die zentrale Frage lautet dementsprechend: Was können andere Gemeinden in Rheinland-Pfalz von den Kleinstgemeinden lernen, um mit den Auswirkungen des demografischen Wandels besser umzugehen?

¹ Als Indikator für Kleinstgemeinden wird in dieser Studie der Einwohnerzahl verwendet. Kleinstgemeinden sind demnach Gemeinden mit 11 bis 79 Einwohnern (Datenstand 2013).

2 Leitfragen der Studie

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Rheinland-Pfalz kleine Ortsgemeinden mit Allselbstständigkeit auf. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Rheinland-Pfalz stellt sich die Frage, wie Kleinstgemeinden ihre Aufgaben vor Ort gestalten.

Leitfrage 1

Wie wird der demografische Wandel in rheinland-pfälzischen Kleinstgemeinden wahrgenommen?

These A

Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme als Teil der demografischen Entwicklung ist in den rheinland-pfälzischen Kleinstgemeinden schon lange ein kommunalpolitisches Thema – die Herausforderungen, die durch eine älter werdende Gesellschaft entstehen, jedoch nicht.

Um als Gemeinde nicht nur Wohnort, sondern auch Lebensort zu sein, müssen bestimmte kommunale Aufgaben erfüllt werden. Einigen dieser Aufgaben wird in Kooperation mit Nachbargemeinden oder anderen Partnern nachgegangen, andere werden von ehrenamtlich tätigen Personen angestoßen und am Leben erhalten.

Mit weniger Einwohnern sinkt auch die absolute Anzahl potentiell ehrenamtlich aktiver Personen, sei es zum Erhalt von Freizeitangeboten oder zur Ausübung politischer Ämter. Die Vergangenheit der Kleinstgemeinden zeigt jedoch, dass sie seit Jahrzehnten als Lebensort dienen und politische Vertreter benennen können.

Leitfrage 2

Befördern kleinteilige Strukturen und ehrenamtliche Verantwortung in der Kommunalpolitik eine stärkere Verbundenheit mit dem Lebensort?

These B

Einwohner von Kleinstgemeinden sind von ihrem Lebensort überzeugt und engagieren sich in besonderem Maße für dessen Erhalt.

Es stellt sich die Frage, welche Aspekte dazu beitragen, dass Kleinstgemeinden in ihrer Handlungsfähigkeit durch aktuelle demografische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht existenziell beschnitten werden. Ganz im Gegenteil gehen sie bereits seit Jahren angepasst mit einer Situation um, die in anderen, größeren Gemeinden als existenzbedrohend gilt. Es ist davon auszugehen, dass die kleinen Ortsgemeinden schon heute auf die demografischen Herausforderungen mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Leitfrage 3

Wie bewerkstelligen Kleinstgemeinden die Bereitstellung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund ihrer speziellen Siedlungsstruktur?

These C

In Zeiten des demografischen Wandels können Kooperationsmodelle von Kleinstgemeinden Vorbild sein.

These D

Kleinstgemeinden sind im demografischen Wandel überlebensfähig.

3 Untersuchungsraum

Die 100 kleinsten Gemeinden in Rheinland-Pfalz stellen den Untersuchungsraum auf Datengrundlage des statistischen Landesamtes (2013) dar. Diese befinden sich im Wesentlichen im Nordwesten des Landes (s. Abb. 1).

Der Eifelkreis ist mit 61 der 100 Kleinstgemeinden dabei am häufigsten vertreten, gefolgt vom Landkreis Bernkastel-Wittlich (acht Kleinstgemeinden) und dem Landkreis Vulkaneifel (sieben Kleinstgemeinden). Weitere betrachtete Landkreise sind

- Bad Kreuznach (fünf Kleinstgemeinden),
- Ahrweiler und Altenkirchen (jeweils vier Kleinstgemeinden),
- Mayen-Koblenz (drei Kleinstgemeinden),
- Cochem-Zell und Kusel (jeweils zwei Kleinstgemeinden) sowie
- Birkenfeld, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis und Trier-Saarburg (jeweils eine Kleinstgemeinde).

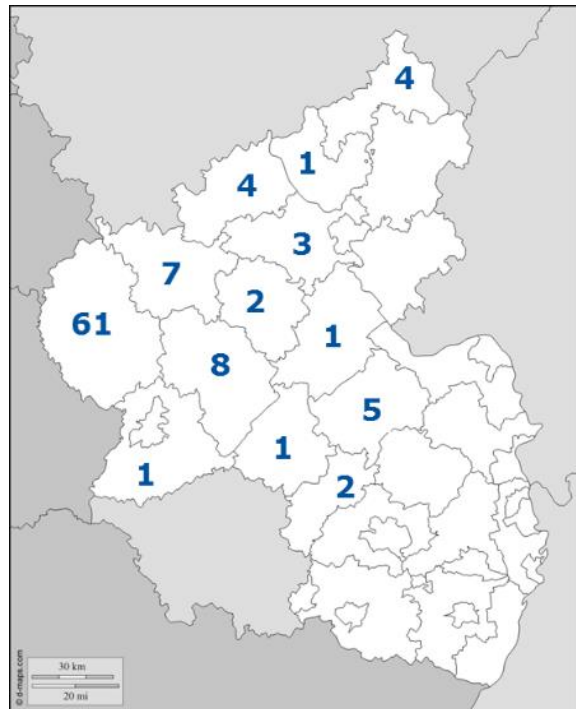


Abbildung 1: Untersuchte Kleinstgemeinden auf Landkreisebene, Quelle: www.d-maps.com (15.04.16), eigene Bearbeitung durch entra 2016

Fast die Hälfte der Gemeinden haben eine Einwohnerzahl zwischen 51 und 70 Einwohnern. Kleinere Gemeinden mit 21 bis 50 Einwohnern machen ein Drittel der Grundgesamtheit aus, wobei davon schon allein 25 Gemeinden dem Eifelkreis zugehörig sind.

Von 100 potenziellen **Interviews** konnten **40 realisiert** werden. Die Befragung wurde von Dezember 2015 bis April 2016 durchgeführt.

Portraits zweier Verbandsgemeinden

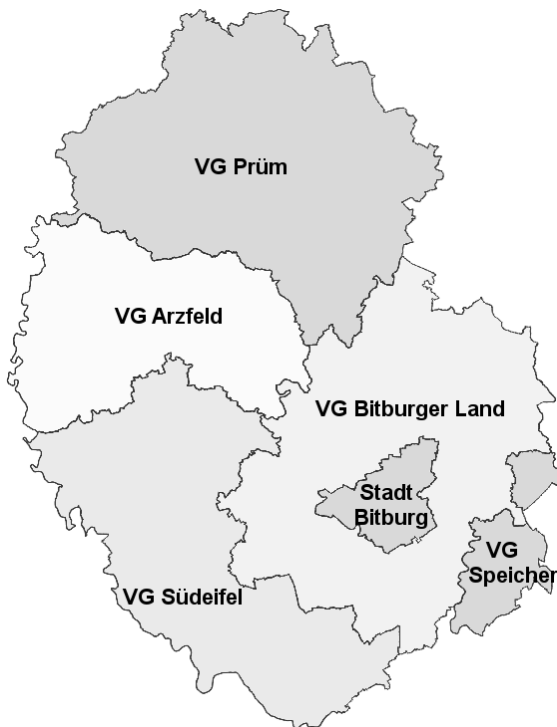


Abbildung 2: Übersichtskarte des Landkreises Eifelkreis,
Quelle: www.bitburg-pruem.de (01.06.2016)

Allein 27 der 40 Interviewpartner stammen aus dem **Eifelkreis**. Damit ist dessen Situation verhältnismäßig gut abgebildet. Das bedeutet aber auch, dass die anderen Landkreise stark unterrepräsentiert sind und die Aussagekraft der Ergebnisse für diese Gebiete beschränkt ist. Um die Einordnung der Auswertung in einen Gesamtkontext zu erleichtern, werden im Folgenden zwei Verbandsgemeinden vorgestellt, in deren Gebiet die höchste Antwortquote lag. Dadurch wird auch die Einschätzung zur Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Gebiete vereinfacht.

Der Eifelkreis Bitburg-Prüm ist mit 235 Ortsgemeinden ein sehr kleinteiliger Landkreis. Auf einer Fläche von 1.626 km² kommt er insgesamt auf eine Einwohnerdichte von 59,5 Einwohnern pro km², wobei die Stadt Bitburg die höchste Dichte mit 290 Einwohnern pro km² vorweist.

Verbandsgemeinde Arzfeld

Mit einer Fläche von 265,64 km² ist die Verbandsgemeinde Arzfeld die kleinste der fünf Verbandsgemeinden im Eifelkreis². In Grenzlage zu Luxemburg und Belgien, liegt sie im äußersten Westen des Landkreises. Eine umfassende Versorgung bietet das nächstgelegene Mittelzentrum Prüm in 20 km Entfernung bzw. das kooperierende Zentrum Neuerburg, das 15 km entfernt ist. Insgesamt hat die Verbandsgemeinde 43 Ortsgemeinden, die zu ihrem Gebiet gehören.

Die Einwohnerdichte der Verbandsgemeinde beträgt im Juni 2015 35,6 Einwohner pro km². Sie ist damit die Verbandsgemeinde mit der niedrigsten Einwohnerdichte im Kreis. Wie aus der Grafik (s. Abb. 3) ersichtlich wird, unterscheidet sich die Altersverteilung der Verbandsgemeinde nicht wesentlich von der im Landkreis oder in gesamt Rheinland-Pfalz.

² Quelle: Website des Landkreises Eifelkreis Bitburg-Prüm, www.bitburg-pruem.de (01.06.2016)

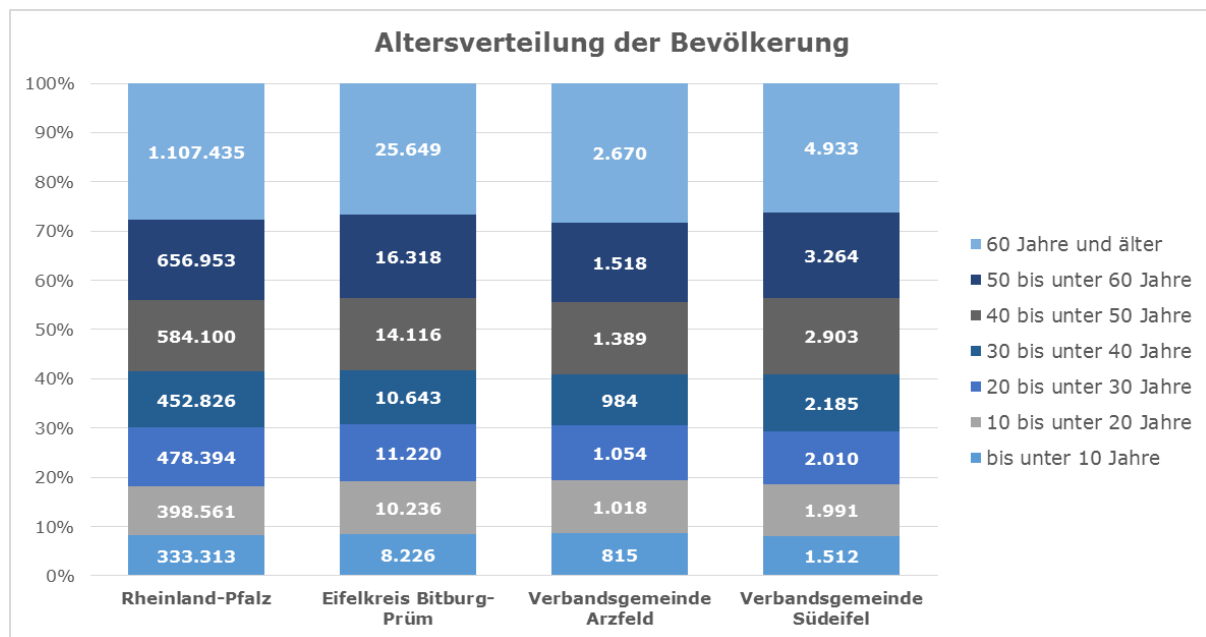


Abbildung 3: Prozentuale Altersverteilung der Bevölkerung, Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014 (eigene Darstellung)

Verbandsgemeinde Südeifel

Die Verbandsgemeinde Südeifel ist im Sommer 2014 aus den beiden Verbandsgemeinden Irrel und Neuerburg hervorgegangen, die sich im Rahmen der Kommunalen Verwaltungsreform Rheinland-Pfalz zu einer Fusion entschlossen haben. Damit vereint die Verbandsgemeinde Südeifel 65 Ortsgemeinden, die an Luxemburg und den benachbarten rheinland-pfälzischen Landkreis Trier-Saarburg grenzen. Die nächstgelegenen größeren Zentren sind die Stadt Neuerburg innerhalb der Verbandsgemeinde sowie die Stadt Bitburg, die 25 km entfernt liegt.

Mit insgesamt 18.000 Einwohnern hat die Verbandsgemeinde Südeifel doppelt so viele Bürger wie die Verbandsgemeinde Arzfeld. Auch die Einwohnerdichte von 52,7 Einwohner pro km² liegt deutlich über der Kennzahl der Nachbarverbandsgemeinde. Mit Blick auf die Grafik (s. Abb. 7) lässt sich die Altersverteilung wie im übrigen Rheinland-Pfalz beschreiben.



Abbildung 4: Ortsgemeinde Gentingen, Quelle [www.swr.de/landesschau-rp/hierzuland/gentingen\(01.06.2016\)](http://www.swr.de/landesschau-rp/hierzuland/gentingen(01.06.2016))

4 Ergebnisse

These A

Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme, als Teil der demografischen Entwicklung, ist in den rheinland-pfälzischen Kleinstgemeinden schon lange ein kommunalpolitisches Thema - die Herausforderungen, die durch eine älter werdende Gesellschaft entstehen, jedoch nicht.

Rund 55% der Befragten gaben an, dass ihre Gemeinde in den letzten 15 Jahren an Einwohnern gewonnen hat. Nach Abgleich mit den statistischen Daten gehen über die Hälfte -trotz sinkender oder stagnierenden Einwohnerzahlen- von einem Anstieg aus. Bei der Altersentwicklung rechnen 50 % mit einem Anstieg des Durchschnittsalters, was in den meisten Kleinstgemeinden zutreffend ist.

Auf vorhandenen Leerstand in ihren Gemeinden hin angesprochen, können die Ortsbürgermeister aus dem Kopf die Entwicklungen der letzten Jahre nachvollziehen. 55% gehen von einem gleichbleibend geringen bzw. keinem Leerstand in ihren Gemeinden aus. Zu diesem Thema lagen keine statistischen Vergleichszahlen vor, aufgrund der sehr guten Ortskenntnis der Befragten kann aber von der Richtigkeit der Angaben ausgegangen werden.

Ein Großteil gibt an, dass vor allem Natursuchende aus der Stadt oder Familien mit Kindern in die Gemeinden kommen: Die Motive bei den Zuzügen teilen sich auf in Ruhe und Natur und günstige Miet- und Kaufpreise der Immobilien.

In Bezug auf die kommunalen Infrastrukturen sehen über 90% zukünftig keine Probleme auf sich zukommen. Die Sanierung bzw. der Anschluss von Wasserver- und -entsorgung in den 1960er und -70er Jahren werden für ausreichend und zukunftsfähig gehalten. Der Anschluss an den ÖPNV ist zwar in der Mehrzahl der Gemeinden nicht gegeben, wird allerdings auch nicht als Defizit wahrgenommen. Die bereits heute spürbare Zunahme älterer Menschen und deren Immobilität werden größtenteils durch nachbarschaftliche Fahrdienste aufgefangen.

Für die abnehmende medizinische Versorgung gilt ähnliches: Das Wohnen in Kleinstgemeinden auf dem Land war von jeher mit weiten Anfahrtswegen verbunden und in kaum einer Gemeinde hat sich diese Distanz aus Sicht der dort wohnenden Bürger in den vergangenen Jahren signifikant verändert.

In Hinblick auf **These A** lässt sich zusammenfassen, dass in keinem der Interviews der Schlüsselbegriff „demografischer Wandel“ fällt. Als typische Themen im Ortsgemeinderat werden 17-mal landwirtschaftliche Themen genannt, 13-mal von der Verbandsgemeinde vorgegebene Themen und 9-mal Breitband (s. Abb. 5). Anders als in der These angenommen, wird der demografische Wandel in der Kommunalpolitik auf Ebene von Kleinstgemeinden nicht explizit als Problemstellung diskutiert.

Gleiches gilt für die sich daraus ergebenden Herausforderungen z.B. in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung. Veränderungen wie die abnehmende Mobilität werden zwar erkannt, aber nicht explizit diskutiert. Kommunalpolitische Gremien von Kleinstgemeinden befassen sich mit tagesaktuellen Themen.

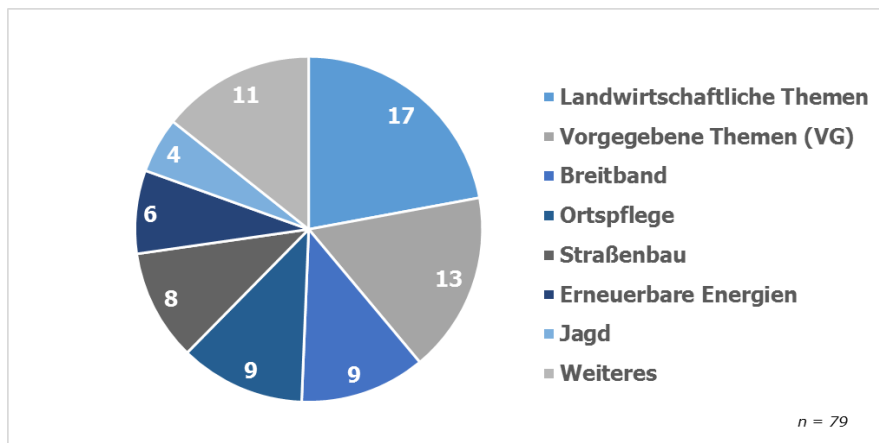


Abbildung 5: Themen aus den Ortsgemeinderatssitzungen in den befragten Kleinstgemeinden, Quelle: entra 2016

These B

Einwohner von Kleinstgemeinden sind von ihrem Lebensort überzeugt und engagieren sich in besonderem Maße für dessen Erhalt.

Trotz der überschaubaren Größe von Kleinstgemeinden geben zwei Drittel der Interviewpartner an, dass mindestens ein Verein oder eine andere regelmäßig ehrenamtlich tätige Initiative bei ihnen im Ort organisiert ist, was Rückschlüsse auf die Verbundenheit mit dem Lebensort zulässt. Neben Sportvereinen und der Freiwilligen Feuerwehr handelt es sich hauptsächlich um Förder- oder Bürgervereine sowie Musikgruppen und Frauengemeinschaften. 50% geben zudem an, dass in ihrem Gemeindeleben die Kirche eine Rolle spielt. Nach Aussage der Ortsbürgermeister spiegelt sich dieses Engagement z.B. in Gemeindefesten wider. Feste werden, anders als früher, allerdings nicht mehr pro Gemeinde ausgerichtet, sondern im Verbund wie z.B. dem Kirchspiel organisiert.

In 40% der Gemeinden sind zwischen ein und zehn Personen ehrenamtlich aktiv. Das bedeutet, dass in 18 Gemeinden mehr als ein Drittel der Bürger ehrenamtlich engagiert sind. Die große Mehrheit dieser aktiven Personen ist berufstätig (85%).

Dort, wo keine Vereine vorhanden sind, übernehmen in den meisten Fällen ansässige Frauengemeinschaften die Organisation von Aktionen zum Erhalt der Dorfgemeinschaft.

Neben dem Ehrenamt spricht auch aktive Nachbarschaftshilfe für ein besonderes Engagement für das Dorf. Die Hälfte der befragten Personen beschreibt aktive Nachbarschaftshilfe zu verschiedenen Bereichen:

- Pflege des Ortes,
- Mitfahrgelegenheiten,
- Ausleihen von Geräten,
- Unterstützung bei Hausarbeiten und
- Aufeinander achten.

Der Grad der persönlichen Verbundenheit mit der Gemeinde, lässt sich an den Weiterempfehlungen seiner Gemeinde als Wohnort ablesen: 90% Ortsbürgermeister würden das Leben in ihrer Gemeinde weiterempfehlen (s. Abb. 6).

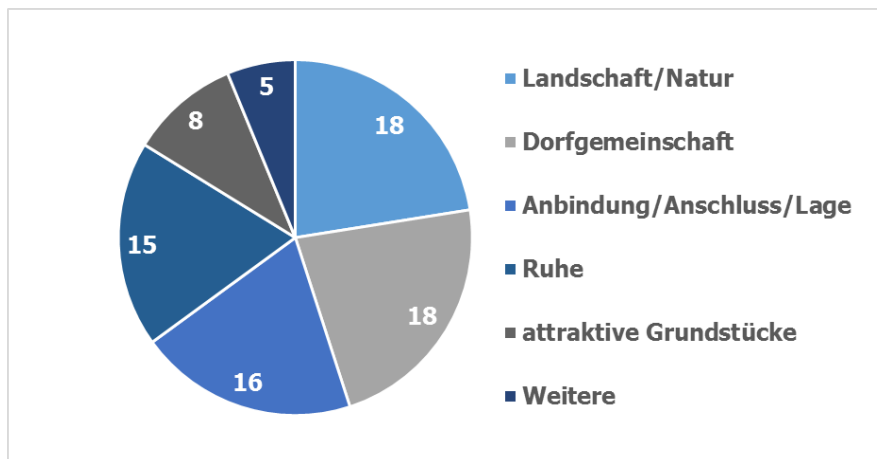


Abbildung 6: Antworten auf die Frage, ob die Befragten ihre Gemeinde als Wohnort weiterempfehlen würden, Quelle: entra 2016

Es lassen sich jedoch Faktoren benennen, die freiwilliges Engagement für die Gemeinde begünstigen. Dazu gehören erstens eine funktionierende Dorfgemeinschaft, zweitens die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln und drittens ein Zuzug von Einwohnern, der zumindest den Bevölkerungsverlust ausgleicht. Der demografische Wandel wird nicht thematisiert. Es zeigt sich erneut, dass seine Folgen durch Nachbarschaftshilfe aufgefangen werden. Diese Leistung durch Verwandte und Bekannte wird in Kleinstgemeinden als selbstverständlich wahrgenommen und nicht als besondere Herausforderung behandelt.

These C

In Zeiten des demografischen Wandels können Kooperationsmodelle von Kleinstgemeinden Vorbild sein.

In allen befragten Gemeinden werden Kooperationen gepflegt, wobei der Begriff „Kooperation“ unterschiedlich definiert wird. Vielen der Befragten ist nicht bewusst, ob die beschriebene Zusammenarbeit formalisiert ist oder informell geschieht. Diese unklare Begriffslage könnte damit zusammenhängen, dass einige der Befragten „Kooperation“ negativ deuten, da sie darin eine Vorstufe zur Eingemeindung sehen.

Besonders häufig genannte Kooperationsbereiche sind Kindertagesstätten (45%) und Freiwillige Feuerwehr (20%). Auffällig ist der Ursprung dieser Kooperationen: 40% der Befragten geben an, dass sie auf (früheren) Pfarrgemeinden oder anderen Formen von Dorfgemeinschaften basieren. Diese arbeiten früher wie heute auch zu anderen informellen Themen des Gemeindelebens zusammen. In den Augen der Befragten handelt es sich hierbei nicht nur um die Aufgaben, die laut GemO auf sie zukommen, sondern und vielleicht sogar in erster Linie um die Erhaltung der Dorfgemeinschaft und des nachbarschaftlichen Zusammenhalts.

Als Antwort auf **These C** ist festzustellen, dass Kooperationen den Kleinstgemeinden dabei helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dabei lassen sich formalisierte Kooperationen von gemeinsamen Engagement zum Erhalt des Gemeindelebens unterscheiden. In Hinblick auf die Übertragbarkeit von funktionierenden Kooperationen lassen die Interviews keine Rückschlüsse zu. Erfolgsversprechende Faktoren sind eine gemeinsame Geschichte der kooperierenden Gemeinden oder eine ausgeglichene Haushaltslage.

These D

Kleinstgemeinden sind im demografischen Wandel überlebensfähig.

Ob eine Kleinstgemeinde wie in **These D** beschrieben überlebensfähig ist, hängt von verschiedenen Komponenten ab, die alle gleichermaßen beachtet werden müssen.

Erstens ist die Dorfgemeinschaft ein ganz wesentlicher Faktor. Die Auswertung der Ergebnisse hat gezeigt, dass Kleinstgemeinden im Großen und Ganzen ein positives Selbstbild haben und insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorgen kaum Mängel sehen. Das ist allerdings nur so lange der Fall, wie die Dorfgemeinschaft die gewohnte Daseinsvorsorge aufrechterhalten kann.

Ein Beispiel dafür ist der Bereich Mobilität. In allen Interviews wurden alternative Mobilitätsmodelle abgefragt. In einigen Ortsgemeinden werden diese Angebote wahrgenommen, in anderen bleiben sie ungenutzt. Es waren sogar Gemeinden dabei, die neu eingeführte Modelle kurze Zeit später wieder abgeschafft haben. Hier nahmen die älteren Bürger, die einen Bedarf gehabt hätten, eher das unflexiblere Angebot von Verwandten und Bekannten in Anspruch als sich nach einem, ihnen unbekannten, externen Angebot richten zu müssen.

Zweitens wird auch die Haushaltslage als entscheidender Faktor wahrgenommen. Kleinstgemeinden finanzieren sich in erster Linie durch Steuern. Wenn keine Betriebe angesiedelt sind, stellt häufig die Jagdpacht eine alternative Geldquelle dar. Aus der Perspektive der Ortsbürgermeister ist die finanzielle Lage ihrer Gemeinde insbesondere für die Unterhaltung von Wirtschaftswegen und Straßen relevant. Aus Sicht von außen muss jedoch auch festgestellt werden, dass die steigenden Kosten, die auf jeden einzelnen Bürger bei abnehmender Einwohnerzahl zukommen, aufgefangen werden müssen. Diesen Aspekt hat allerdings keiner der Interviewpartner angeführt.

Drittens trägt ein Zuzug, der zumindest teilweise Migration und Sterbefälle vor Ort ausgleicht, zur Überlebensfähigkeit von Kleinstgemeinden bei. Im Eifelkreis kommen die meisten Neubürger aus den umliegenden größeren Städten wie Köln, Koblenz und Trier. Am neuen Wohnort sind sie näher an ihren Arbeitsstätten in Belgien oder Luxemburg. Dieser Ausgleich ist vor allem für die verbleibende Bewohnerschaft im Ort wichtig: Zuzug vermeidet Leerstand und füllt leere Stellen im Ehrenamt auf.

Befragt nach der Partizipation von Neubürgern am Gemeindeleben geben 90% der Befragten an, dass Neubürger Teil der Dorfgemeinschaft sind. Dabei geht die Aktivität sowohl vom Ortsbürgermeister, eher aber noch von andere ehrenamtlich Engagierten oder Gruppen im Ort aus. Gleiches wird auch von den Neubürgern erwartet. Konkret gab es nur zwei Nennungen, die Probleme mit der Teilhabe von Neubürgern an der Dorfgemeinschaft vermuten lassen.

Abschließend zu These D wird festgestellt, dass die Gemeindegröße allein kein aussagekräftiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde darstellt. Neben der Einwohnerzahl spielen mindestens die drei hier identifizierten Faktoren eine ebenso große Rolle.

Beantwortung der Leitfragen

Leitfrage 1

Wie wird der demografische Wandel in rheinland-pfälzischen Kleinstgemeinden wahrgenommen?

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass der demografische Wandel mit den daraus resultierenden Herausforderungen auf Ebene der Ortsgemeinde nicht wahrgenommen wird. Dies lässt sich u.a. aus der falschen Einschätzung der eigenen Einwohnerentwicklung schlussfolgern. Kleinstgemeinden reagieren direkt und situationsspezifisch auf Veränderungen bzw. Bedarfe ihrer Einwohner ohne langfristige strategische Überlegungen anzustellen.

Leitfrage 2

Befördern kleinteilige Strukturen und ehrenamtliche Verantwortung in der Kommunalpolitik eine stärkere Verbundenheit mit dem Lebensort?

Wenn bestimmte Faktoren beachtet werden, unterstützt die Struktur der Kleinstgemeinde das Ehrenamt und das Engagement der Bewohner vor Ort. Dazu gehören die Dorfgemeinschaft, die Haushaltslage und die Bevölkerungsbewegung. In Gemeinden, in denen es gelingt Neubürger einzubinden, nehmen diese ebenfalls ehrenamtliche Tätigkeiten auf, die sie wiederum nachhaltig an den Ort binden. Mehr als die Hälfte der befragten Ortsbürgermeister sieht sich verantwortlich für das Dorf und nimmt die Rolle des Kümmerers ein.

Leitfrage 3

Wie bewerkstelligen Kleinstgemeinden die Bereitstellung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund ihrer speziellen Siedlungsstruktur?

In den Bereichen Wasserver- und Abwasserentsorgung oder auch Feuerwehr wurde die Daseinsvorsorge zentralisiert und von der Verbandsgemeinde übernommen bzw. verwaltet. Andere Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Nahversorgung oder Mobilität werden in den Kleinstgemeinden durch Nachbarschaftshilfe geleistet. In allen Bereichen der Daseinsvorsorge helfen Kooperationen den Kleinstgemeinden bei ihrer Aufgabenerfüllung.

5 Handlungsempfehlungen

Was können andere Gemeinden in Rheinland-Pfalz von Kleinstgemeinden lernen, um mit den Auswirkungen des demografischen Wandels besser umzugehen? Welche Erkenntnisse aus der vorliegenden Untersuchung können auf andere Gemeinden übertragen werden?

Obwohl sich die Gemeinden im Detail deutlich unterscheiden, wurden viele Gemeinsamkeiten aufgedeckt, die eine **Übertragbarkeit** der Ergebnisse zulassen.

Folgende Handlungsempfehlungen und –ansätze werden ausgesprochen:

1. Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind den Ortsbürgermeistern häufig nicht so präsent, als dass sie Gegenmaßnahmen ergreifen würden bzw. nehmen sie dieses Aufgabenfeld nicht als ihre Zuständigkeit wahr. Eine **Sensibilisierung** der Kleinstgemeinden bezüglich des **demografischen Wandels** könnte neue Impulse geben.
 - Dazu kann die Ortsbürgermeisterdienstbesprechungen genutzt werden. Einmal im Jahr sollten hier Zahlen zu Entwicklungen vor Ort gemeinsam interpretiert werden. Das setzt eine zielgruppengerechte Aufarbeitung der demografischen Entwicklung und eine Projektion der nächsten 15 bis 20 Jahre voraus.
2. Über eine Sensibilisierung hinausgehend sollten gemeinsam mit der Verbandsgemeinde- bzw. Kreisverwaltung **Handlungsoptionen** erarbeitet werden, wie zukünftigen Herausforderungen begegnet werden soll. Dabei kann die Verbandsgemeinde insbesondere Hinweise zu zukünftigen Planungshorizonten geben und gemeinsam mit der Ortsgemeinde erörtern.
 - In Bezug auf drohenden Leerstand sollten Haus- und Grundstückseigentümern frühzeitig sensibilisiert werden, um ein Leerfallen von Häusern zu verhindern.
 - Für die nähere Zukunft sollten Investitionen in die Dorfinfrastruktur genau überdacht und auf Finanzierbarkeit und Kapazität geprüft werden. Es empfiehlt sich im Bereich der Innenentwicklung zu investieren anstatt Neubaugebiete auszuweisen. Werden neue Infrastrukturen benötigt, sollten Möglichkeiten für eine interkommunale Kooperation ausgelotet werden.
3. In Anbetracht der **kommunalen Haushaltssituation** und der damit verbundenen **Pro-Kopf-Verschuldung** sind Investitionen auf ihre Notwendig- und Nachhaltigkeit hin zu prüfen. Auch bei der Bezuschussung von kommunalen Projekten (**Fördermittel**), ist dies zu berücksichtigen.
4. Das **Ehrenamt** sollte mit seinen Strukturen und Aktivitäten gefördert werden. Es stellt einen wichtigen **Bleibefaktor** für (Neu-) Bürger dar und gleicht fehlende Strukturen der Daseinsvorsorge aus (z.B. im Bereich Mobilität).
 - Als bereits erprobtes Instrument in Rheinland-Pfalz stellen Ehrenamtsbörsen eine gute Möglichkeit dar, um Ehrenämter und Engagierte zusammen zu bringen. Diese müssen von einem Gremium der Orts- oder Verbandsgemeinde initiiert und in der Anlaufphase organisiert werden.
 - Auf Verbandsgemeinde- und Landesebene sollten Zuschüsse zur unkomplizierten Unterstützung kleiner, ehrenamtlich tätiger Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Laufende Programme sind auf Zuschussmöglichkeiten hin zu prüfen. In diesem Kontext wäre das EU-Förderprogramm LEADER eine Option, das in der aktuellen Programmperiode eine Festbetragsförderung für Bürgerprojekten bereithält. Dabei sollte eine Unterstützung im kleinen Rahmen möglich sein, da kleine Initiativen Fördermindestgrenzen häufig nicht erreichen.

- Die Ortsgemeinde kann ehrenamtlich Engagierte zudem durch die kostenlose Bereitstellung von Infrastrukturen wie z.B. des Gemeindehauses o.ä. unterstützen.
5. Initiativen zur **Nachbarschaftshilfe** sollten gefördert werden. Viele Personen sind bereit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Das Ehrenamt stellt jedoch häufig eine zu hohe Verpflichtung und langfristige Bindung dar. Dem sollte durch flexible nachbarschaftliche Zusammenschlüsse begegnet werden.
- Die häufig nicht institutionalisierte Nachbarschaftshilfe vor Ort sollte neue Medien nutzen, um Abstimmungen und Organisation zu vereinfachen. Bekannte Formate wie z.B. WhatsApp oder Facebook Gruppen erleichtern es zudem Neubürgern, sich zu beteiligen.
6. **Pfarrgemeinden und kirchliche Strukturen** sollten **als Partner** wahrgenommen werden. Das gilt zum einen für die Aufrechterhaltung des Gemeindelebens aber auch für die Einbindung als strategischen Partner für die Gemeinde.
- Bei der Planung und Organisation von Veranstaltungen kann direkt auf die zuständige Pfarrgemeinde zugegangen werden, ob eine Zusammenarbeit bzw. Unterstützung möglich ist.
 - Angebote, die die Kirche vorhält, sollten in Kooperation nutzbar gemacht werden, sofern die Bewohner darauf angewiesen sind. Dazu eignen sich bspw. ein Shuttelbus zu Gottesdiensten oder Seniorennachmittage.
7. Die **Ansprüche der Zielgruppen**, die sich für ein Leben im ländlichen Raum begeistern lassen, sind bei Planungen in der Ortsgemeinde zu **berücksichtigen**.
- Die Gemeinde sollte regelmäßig als Wohnort beworben werden. Dazu sind die entsprechenden Einzugsräume zu identifizieren, um dort im kleinen Rahmen auf sich aufmerksam zu machen. Das könnte bspw. durch Anzeigen in der Tagespresse geschehen.
 - Statt großer Investitionen, die nachhaltig hohe Kosten verursachen, sollte das Dorfimage im Vordergrund stehen. Dabei sollte neben einer positiven Mund-zu-Mund-Propaganda auch das äußere Erscheinungsbild des Dorfes beachtet werden.

6 Fazit

Ziel der vorliegenden Studie war es, Kleinstgemeinden zu beleuchten und auf andere Gemeinden übertragbare Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels abzuleiten. Dabei sollte insbesondere die Aufgabenerfüllung betrachtet werden.

Es hat sich gezeigt, dass sich die Aufgaben der Kleinstgemeinden in zwei Bereiche unterteilen lassen: Aufgaben, die Infrastrukturen betreffen und solche die sich eher auf das Gemeindeleben beziehen.

In diesem Zusammenhang lässt sich eine Kohärenz zwischen der Unmittelbarkeit einer Entwicklung und der realistischen Abschätzung ihrer Folgen erkennen: Während Leerstand oder das Vereinsleben vor Ort immer präsent sind und folgerichtig eingeschätzt werden können, sind langfristige Entwicklungen wie die Einwohnerzahl nicht in den Köpfen verankert.

Es zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen der Einschätzung von Bevölkerungsentwicklungen durch die Ortsbürgermeister und den tatsächlichen statistischen Daten. Obwohl objektiv betrachtet Handlungsbedarf vorliegt, wird dieser durch die Repräsentanten der Kleinstgemeinden nicht wahrgenommen. Die Ortsbürgermeister sind mit den vorhandenen Strukturen in den meisten Fällen zufrieden. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sich ihre Situation bzgl. der Daseinsvorsorge seit Jahrzehnten kaum verändert hat. Die Dorfgemeinschaft fängt zudem mit Ehrenämtern und Nachbarschaftshilfe viele Entwicklungen auf, die in anderen, größeren kommunalen Strukturen Probleme verursachen. In der Einleitung wurde die Frage aufgeworfen, was große Gemeinden von Kleinstgemeinden lernen können, um besser mit den Auswirkungen des demografischen Wandels umzugehen.

Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass vor allem im Bereich räumliche Identifikation und Ehrenamt Kleinstgemeinden ein Vorbild sein können. Durch ein kommunikatives Gemeindeleben werden Einwohner und Neubürger in direkter Weise eingebunden und identifizieren sich stärker mit ihrem Wohnort, als in größeren Gemeinden. Das führt zu einer erhöhten Motivation, sich im Ehrenamt zu engagieren. Ein weiterer Aspekt ist die Verlagerung von einzelnen Versorgungsinfrastrukturen auf Ehrenamt bzw. Nachbarschaftshilfe. In Kleinstgemeinden hat die Verbundenheit mit der Gemeinde und der Gemeinschaft zur Folge, dass es eine enge Abstimmung unter den Bewohnern bzgl. Hol- und Bringdienste gibt, um z.B. die Bedarfe von mobilitätseingeschränkten Personen aufzufangen.

Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, dass sich Kleinstgemeinden in Bezug auf die Interpretation statistischer Daten an größeren kommunalen Strukturen orientieren sollten. Bisher erfolgt keine professionelle Auseinandersetzung mit Entwicklungen und Prognosen auf der Ebene der Kleinstgemeinde. Dem könnte durch eine Zusammenarbeit mit bspw. der Verbandsgemeinde begegnet werden.

In Hinblick auf die kommunale Aufgabenwahrnehmung in Kleinstgemeinden lässt sich die Frage stellen, welche Aufgaben ein Ortsbürgermeister leisten kann und will. In Rheinland-Pfalz ordnet die GemO allen Ortsgemeinden dieselben Aufgaben zu. Es sollte strategisch überdacht werden, ob diese Aufgaben von Bürgermeistern in Kleinstgemeinden mit elf Einwohnern in gleicher Qualität zu leisten sind wie in Gemeinden mit 500 Einwohnern.

Grundsätzlich hat die vorliegende Studie gezeigt, dass die Einwohnerzahl allein kein Indikator für zukunftsfähige Gemeindestrukturen darstellt. Sie steht in Kleinstgemeinden auf einer Ebene mit einer funktionierenden Dorfgemeinschaft und einer gelungenen Partizipation von

Neubürgern. Für die Planung kommender Schritte empfiehlt es sich mit der Verbandsgemeinde als Partner eng zusammenzuarbeiten.

7 Anlagen

7.1 Methodik

Entwicklung von Leitfragen

Die Leitfragen dieser Studie wurden in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber und mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungstrends konzipiert. Sie spiegeln vor allem zwei Tendenzen wider: Zum einen den fortschreitenden demografischen Wandel und die damit verbundenen Veränderungen im heutigen Lebens- und Wohnraum und zum anderen die Aufrechterhaltung von Kleinstgemeinden als Lebensort. Anhand von Thesen wurden die Leitfragen operationalisiert, sodass sie als Grundlage für den Fragebogen dienen können.

Erstellung des Fragebogens

Um die Leitfragen beantworten zu können, wurde ein Fragebogen mit größtenteils qualitativen Fragen erstellt. Statistiken wurden allein zum Abgleich der Selbsteinschätzung der Befragten hinzugezogen. Die Befragung von Akteuren vor Ort verspricht dabei die verlässlichsten Ergebnisse. Vor allem Aspekte wie Kooperation und Selbstwahrnehmung sind auf diesem Weg am zuverlässigsten zu erfassen.

In Hinblick auf die Grundgesamtheit der Untersuchung wurde eine standardisierte Befragung gewählt (s. Anhang). Die Grundgesamtheit setzt sich aus einem Vertreter pro Gemeinde, dementsprechend 100 Personen zusammen. Eine nicht-standardisierte Befragung würde in diesem Rahmen mehr Informationen produzieren, als verwertbar wären. Bei der Fragebogenkonstruktion war zu beachten, dass sowohl die Durchführung der Befragung als auch die Auswertung der Daten keinen unverhältnismäßig hohen zeitlichen Aufwand darstellt. Durch die standardisierte Befragung konnte im Anschluss eine intensivere Interpretation der Ergebnisse in Zusammenspiel mit den statistischen Daten verwendet werden.

Auswertung statistischer Daten

Welche Gemeinden an der Studie teilnehmen wurde anhand der Einwohnerzahlen des Statistischen Landesamtes festgemacht. Diese Daten wurden auch genutzt, um im Anschluss an die Befragung die Einschätzung der Ortsbürgermeister mit der Realität im Selbst- und Fremdbild-Vergleich zu betrachten.

Durchführung von Interviews

Als Interviewpartner wurden die Ortsbürgermeister festgelegt. Sie haben über die Daseinsvorsorge sowie Kooperationen auf kommunaler Ebene den besten Überblick und können ehrenamtlich Aktivitäten in ihrer Gemeinde ebenfalls gut einschätzen.

Die Ortsbürgermeister erhielten zunächst ein Anschreiben von der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., das die Ziele des Vorhabens darstellte und die nachfolgende telefonische Befragung ankündigte.

Der Vorteil einer telefonischen Befragung ist, dass der Interviewer auf die Informationsbedürfnisse seines Gegenübers eingehen kann. Diese Option entfällt bei schriftlichen oder Online-Befragungen. Des Weiteren wird durch die persönliche Ansprache per Brief und Telefon die Erwartungshaltung an den Interviewten erhöht, sodass er eher zu Auskünften bereit ist. Die Befragung online durchzuführen wurde zwar in Betracht gezogen, dann aber als nicht erfolgsversprechend bewertet. Gegenüber einer persönlichen Befragung vor Ort hat die telefonische Befragung zudem den Vorteil Interviewpartner effizienter ansprechen zu können.

Auswertung

Die Gegenüberstellung von Interviewergebnissen und Leitfragen durch die Thesen bilden den Abschluss der Untersuchung und lassen die Ableitung von Handlungsempfehlungen zu.

7.2 Exkurs: Aufgaben von Gemeinden in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz werden kommunale Belange durch die Gemeindeordnung (GemO) geregelt. Sie besteht aus acht Kapiteln, die sich abschnittsweise mit den Aufgaben, der Verwaltung, der Hauswirtschaft sowie den verschiedenen Hierarchieebenen mit Aufsichtspflicht in den Gemeinden beschäftigt. Innerhalb der GemO wird auf weiterführende Gesetzestexte, wie dem Kommunalwahlgesetz oder dem Gesetz zum Finanzausgleich, verwiesen. Für die vorliegende Untersuchung sind insbesondere die **Kompetenzen von Ortsgemeinden und ihre Schnittstellen mit der zugehörigen Verbandsgemeinde** von Belang.

Allgemein haben sich Gemeinden mit den „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ zu befassen und die Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung zu erfüllen. Ortsgemeinden geben viele dieser Aufgaben an die Verbandsgemeinde ab, um den Verwaltungsaufwand auf der niedrigsten kommunalen Ebene zu reduzieren. Als Grundsatz für das Verhältnis zwischen Verbands- und Ortsgemeinden gilt es, die gegenseitige Information zu gewährleisten und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit anzustreben (§70 GemO).

Die Übertragung von Aufgaben ist teilweise durch die GemO vorgeschrieben, kann aber auch auf freiwilliger Basis anhand von Vereinbarungen zwischen Orts- und Verbandsgemeinde geregelt werden. Solche Vereinbarungen sind insbesondere dann zu treffen, wenn die Erfüllung der Aufgaben von überörtlicher Bedeutung sind bzw. im öffentlichen Interesse liegen (§67 GemO). Häufig sind die Bereiche Tourismus und Wirtschaftsförderung Teil solcher Vereinbarungen. Kompetenzen, die per Vereinbarung an die Verbandsgemeinde abgegeben wurden, können der Ortsgemeinde auch wieder zurückgegeben werden. Dazu müssen Verbands- und Ortsgemeinderat den entsprechenden Antrag positiv beschließen.

Die per Gesetz von den Ortsgemeinden an die Verbandsgemeinde **übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben** sind

- Aufgaben nach den Bestimmungen des Schulgesetzes,
- Brandschutz und technische Hilfe (inkl. Feuerwehr),
- Bau und Unterhaltung von zentralen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen,
- Bau und Unterhaltung überörtlicher Sozialeinrichtungen,
- Wasserversorgung,
- Abwasserbeseitigung,
- Ausbau und Unterhaltung von Gewässern dritter Ordnung und
- Flächennutzungsplanung (§ 67 GemO).

Die Flächennutzungsplanung nach Baugesetzbuch ist dabei mit den Ortsgemeinden abzustimmen. Nur wenn die Hälfte der Ortsgemeinden der Planung zugestimmt hat und mehr als die Hälfte der Einwohner der Verbandsgemeinde in den zustimmenden Ortsgemeinden beheimatet ist, gilt die Zustimmung als erteilt. Die Ortsgemeinden werden auch einbezogen, wenn es um wichtige Veränderungen bei der Ausführung oder den Inhalten von Selbstverwaltungsaufgaben geht. Sollen hier Änderungen vorgenommen werden, müssen die Ortsgemeinden dazu zunächst befragt werden (§70 GemO).

Über die Selbstverwaltungsaufgaben hinaus überträgt die GemO auch Verwaltungsaufgaben von den Orts- an die Verbandsgemeinden. Die Verbandsgemeindeverwaltung handelt bei der Ausführung dieser Aufgaben im Namen der Ortsgemeinde und ist an die Beschlüsse des Ortsgemeinderats und des Ortsbürgermeisters gebunden.

Zu diesen **übertragenen Verwaltungsaufgaben** zählen

- die Verwaltung von Abgaben,
- die Führung von Rechnungswesen inkl. der Erstellung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan, Erteilung von Kassenanordnungen und die Erstellung von Jahres- und Gesamtabschlüssen,
- Vollstreckungsgeschäfte,
- die Vertretung in gerichtlichen Verfahren (mit Ausnahme von Verfahren innerhalb der Verbandsgemeinde),
- Aufgaben laut Landesstraßengesetz,
- an die Ortsgemeinde übertragene staatliche Aufgaben³,
- der Gesetzesvollzug über Ordnungswidrigkeiten (§ 68 GemO),
- die Beratung von Bürgern zu Angelegenheiten, die die Aufgabenbereiche der Verwaltung betreffen und
- die Bereitstellung einer Sammlung der geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen zur öffentlichen Einsicht (§ 15 GemO).

Die ersten drei der genannten Aufgabenbereiche übernimmt die Verbandsgemeinde auch für gemeindeeigene Betriebe, Einrichtungen und Stiftungen sowie Zweckverbände, falls diese keine eigene Verwaltung eingerichtet haben. Fallen bei den Verwaltungsaufgaben Kosten an muss die Ortsgemeinde diese selbst tragen. Das trifft zum Beispiel auf Gerichtsverfahren oder den Bau und die Unterhaltung von Straßen zu.

Neben der expliziten Nennung von übertragenen Aufgaben, gibt es auch **Aufgaben** der Gemeinde, **die keinesfalls an eine andere Ebene übergeben** werden können. Das betrifft bspw. Aufgaben, die an den Ortsbürgermeister als gewählten Repräsentanten der Gemeinde geknüpft sind, wie die Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen (§ 47 GemO), wobei sich der Ortsbürgermeister dazu mit dem Bürgermeister⁴ abstimmen soll, der in diesem Fall eine beratende Funktion einnimmt (§ 69 GemO). Auch die Unterzeichnung von Verpflichtungserklärungen seitens der Ortsgemeinde kann nicht an die Verbandsgemeinde übergeben werden.

Dem Ortsgemeinderat sind ebenfalls Aufgaben inne, die nicht übertragbar sind, bei deren Ausführung er jedoch teilweise Unterstützung durch die Verbandsgemeinde erhält. Dazu gehören

- Aufstellung und Änderung von Satzungen (z.B. die Hauptsatzung der Gemeinde),
- Änderung der Gemeindegebiets,
- Bildung von Ortsbezirken,
- Übernahme freiwilliger Aufgaben,
- Verfahren zur Abwahl des Bürgermeisters sowie zur Wahl und Abwahl von Beigeordneten,

³ Staatliche Aufgaben können Gemeinden durch ein Gesetz übertragen werden. Es handelt sich dabei um sog. Auftragsangelegenheiten, die nach Weisung der zuständigen Behörden zu erfüllen sind. Die nötigen Ressourcen zur Durchführung der Aufgaben stellen die jeweiligen Behörden zur Verfügung (§2 (2) GemO).

⁴ Mit „Bürgermeister“ wird laut GemO der Leiter der Verbandsgemeinde bezeichnet.

- Verleihung des Ehrenbürgerrechts,
- mittel- und langfristige Planungen der Gemeinde,
- Aufstellung von Bebauungsplänen,
- Genehmigung von Verträgen mit dem Bürgermeister und den Beigeordneten,
- Haushaltsplan mit allen Anlagen,
- Jahresabschluss und Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten,
- Sätze und Tarife für öffentliche Abgaben bzw. privatrechtliche Entgelte und allgemeine Tarife von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben,
- Zustimmung zur Erbringung von über- und außerplanmäßigen Leistungen,
- Verfügung über Gemeindevermögen sowie Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben,
- Umwandlung der Rechtsform von Eigenbetrieben und
- Umwandlung von Zweck oder Aufhebung einer Stiftung (§32 GemO).

Im Fall der in dieser Untersuchung betrachteten **Kleinstgemeinden** fallen einige der oben beschriebenen Aufgaben allerdings weg: Da es sich in Gemeinden bis 300 Einwohner beim Ortsgemeinderat um ein ehrenamtlich tätiges Gremium aus sechs Räten und einem Vorsitzenden handelt (§29 GemO), hat der Gemeinderat bspw. keine Personalfragen zu erörtern. Die Erfüllung von freiwilligen Aufgaben, wie dem Tourismus oder der Wirtschaftsförderung, wird von den betrachteten Kleinstgemeinden ebenfalls nicht übernommen. Gleiches gilt für Aufgaben, die mit Eigenbetrieben oder Stiftungen zu tun haben. Zusammenfassend verbleiben die

- Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen, insbesondere
 - zum Haushaltsplan (inkl. aller Anlagen),
 - zur Entlastung des Ortsbürgermeisters bei Jahresabschluss und
 - zur Erbringung von über- und außerplanmäßigen Leistungen;
- mittel- und langfristige Planung der Gemeinde,
- Aufstellung von Bebauungsplänen,
- Aufstellung von Satzungen,
- Verfügung, Veräußerung und Verpachtung von Gemeindevermögen,
- Verfahren zur Wahl und Abwahl von Ortsbürgermeister und Gemeinderat (-smitgliedern),
- Unterzeichnung von Verpflichtungserklärungen und
- Verleihung des Ehrenbürgerrechts

in Kleinstgemeinden beim Ortsgemeinderat bzw. beim Ortsbürgermeister als Vorsitzenden. Damit nehmen Kleinstgemeinden nur einen Bruchteil der Aufgaben wahr, die die GemO für Ortsgemeinden vorsieht. Allerdings bleibt zu beachten, dass in Rheinland-Pfalz die kleinste Ortsgemeinde 11 Einwohner zählt, eine der größeren hingegen schon 4.691 Einwohner⁵ und für beide das Kapitel 3 der GemO „Besondere Bestimmungen für Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden“ gleichermaßen gilt. Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, die Möglichkeit der Übertragung von Aufgaben offen zu lassen und ein ehrenamtliches Gremium in Verwaltungsfragen, soweit es möglich ist, zu entlasten.

⁵ Einwohner der Ortsgemeinde Stackeden-Elsheim (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, 31.12.2014).

7.3 Übersicht der 100 kleinsten Gemeinden in Rheinland-Pfalz

Ranking	Landkreis	Klasse	Gebiet	1950	1970	1990	2005	2013	1950-1970	1970-1990	1990-2005	2005-2013
1	Berncastel-Wittlich	unter 20 Einw.	Dierfeld	43	7	7	7	11	-84%	0%	0%	57%
2	Eifelkreis Bitburg-Prüm	unter 20 Einw.	Hisel	41	36	25	17	11	-12%	-31%	-32%	-35%
3	Eifelkreis Bitburg-Prüm	unter 20 Einw.	Keppeshausen	22	14	17	22	16	-36%	21%	29%	-27%
4	Eifelkreis Bitburg-Prüm	unter 20 Einw.	Sengerich	33	34	25	20	18	3%	-26%	-20%	-10%
5	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Herbstmühle	59	41	36	33	21	-31%	-12%	-8%	-36%
6	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Ammeldingen an der Our	42	21	17	8	23	-50%	-19%	-53%	188%
7	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Hamm	63	45	30	21	26	-29%	-33%	-30%	24%
8	Bad Kreuznach	21-50 Einw.	Heinzenberg	58	48	26	27	27	-17%	-46%	4%	0%
9	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Burg	61	34	33	24	27	-44%	-3%	-27%	13%
10	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Etteldorf	41	34	30	29	27	-17%	-12%	-3%	-7%
11	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Affler	60	57	44	30	28	-5%	-23%	-32%	-7%
12	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Waldhof-Falkenstein	33	33	33	37	28	0%	0%	12%	-24%
13	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Strickscheid	67	69	47	33	31	3%	-32%	-30%	-6%
14	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Gemünd	11	71	35	16	33	545%	-51%	-54%	106%
15	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Enzen	67	52	45	51	34	-22%	-13%	13%	-33%
16	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Feilsdorf	73	63	30	34	35	-14%	-52%	13%	3%
17	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Merlscheid	53	60	44	41	37	13%	-27%	-7%	-10%
18	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Niederlauch	53	49	39	48	39	-8%	-20%	23%	-19%
19	Vulkaneifel	21-50 Einw.	Nitz	50	47	56	47	39	-6%	19%	-16%	-17%
20	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Herzfeld	54	40	34	40	41	-26%	-15%	18%	2%
21	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Nasingen	75	62	48	43	41	-17%	-23%	-10%	-5%
22	Vulkaneifel	21-50 Einw.	Ueß	75	63	58	52	41	-16%	-8%	-10%	-21%
23	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Niederpierscheid	65	50	43	47	42	-23%	-14%	9%	-11%
24	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Scheitenkorb	58	45	38	27	42	-22%	-16%	-29%	56%
25	Bad Kreuznach	21-50 Einw.	Horbach	89	75	42	39	44	-16%	-44%	-7%	13%
26	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Kickeshausen	58	39	34	37	44	-33%	-13%	9%	19%
27	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Pintesfeld	47	44	41	43	45	-6%	-7%	5%	5%
28	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Wettlingen	62	77	47	50	46	24%	-39%	6%	-8%
29	Bad Kreuznach	21-50 Einw.	Rehbach	198	57	40	38	47	-71%	-30%	-5%	24%
30	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Muxerath	99	79	64	52	47	-20%	-19%	-19%	-10%
31	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Kinzenburg	75	63	48	39	48	-16%	-24%	-19%	23%
32	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Reiff	77	59	48	51	48	-23%	-19%	6%	-6%
33	Eifelkreis Bitburg-Prüm	21-50 Einw.	Sevenig bei Neuerburg	39	41	39	50	49	5%	-5%	28%	-2%
34	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Eilscheid	61	60	40	42	50	-2%	-33%	5%	19%
35	Altenkirchen	51 - 70 Einw.	Eulenberg	85	73	59	58	52	-14%	-19%	-2%	-10%
36	Mayen-Koblenz	51 - 70 Einw.	Lind	105	84	58	51	52	-20%	-31%	-12%	2%
37	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Niederraden	80	84	62	39	52	5%	-26%	-37%	33%
38	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Scheuern	102	84	66	52	52	-18%	-21%	-21%	0%

Ranking	Landkreis	Klasse	Gebiet	1950	1970	1990	2005	2013	1950-1970	1970-1990	1990-2005	2005-2013
39	Birkenfeld	51 - 70 Einw.	Schwerbach	62	50	69	67	53	-19%	38%	-3%	-21%
40	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Rorodt	126	95	70	57	53	-25%	-26%	-19%	-7%
41	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Niedergeckler	74	83	60	45	53	12%	-28%	-25%	18%
42	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Merschbach	100	110	60	36	55	10%	-45%	-40%	53%
43	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Übereisenbach	78	54	51	52	55	-31%	-6%	2%	6%
44	Kusel	51 - 70 Einw.	Hausweiler	109	108	82	56	55	-1%	-24%	-32%	-2%
45	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Musweiler	107	85	72	64	56	-21%	-15%	-11%	-13%
46	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Hütten	91	99	69	51	56	9%	-30%	-26%	10%
47	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Zweifelscheid	112	86	66	41	56	-23%	-23%	-38%	37%
48	Mayen-Koblenz	51 - 70 Einw.	Welschenbach	102	91	53	61	57	-11%	-42%	15%	-7%
49	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Sevenig (Our)	124	129	74	69	57	4%	-43%	-7%	-17%
50	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Kaschenbach	78	71	40	53	57	-9%	-44%	33%	8%
51	Cochem-Zell	51 - 70 Einw.	Wagenhausen	83	72	81	58	58	-13%	13%	-28%	0%
52	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Schwarzenborn	82	57	42	46	58	-30%	-26%	10%	26%
53	Altenkirchen	51 - 70 Einw.	Idelberg	79	62	55	51	59	-22%	-11%	-7%	16%
54	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Hommerdingen	101	91	63	54	59	-10%	-31%	-14%	9%
55	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Masthorn	88	93	71	69	59	6%	-24%	-3%	-14%
56	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Etgert	130	91	77	57	60	-30%	-15%	-26%	5%
57	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Leimbach	92	85	64	65	60	-8%	-25%	2%	-8%
58	Ahrweiler	51 - 70 Einw.	Bauler	72	78	52	43	61	8%	-33%	-17%	42%
59	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Matzerath	109	87	71	50	61	-20%	-18%	-30%	22%
60	Rhein-Hunsrück-Kreis	51 - 70 Einw.	Ehr	84	80	74	92	62	-5%	-8%	24%	-33%
61	Bernkastel-Wittlich	51 - 70 Einw.	Willwerscheid	50	38	35	62	62	-24%	-8%	77%	0%
62	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Berscheid	98	77	71	65	62	-21%	-8%	-8%	-5%
63	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Usch	133	100	71	71	62	-25%	-29%	0%	-13%
64	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Manderscheid	103	85	70	47	63	-17%	-18%	-33%	34%
65	Altenkirchen	51 - 70 Einw.	Ersfeld	72	63	52	58	64	-13%	-17%	12%	10%
66	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Oberlauch	69	61	64	62	64	-12%	5%	-3%	3%
67	Vulkaneifel	51 - 70 Einw.	Reimerath	73	73	77	67	64	0%	5%	-13%	-4%
68	Cochem-Zell	51 - 70 Einw.	Forst (Hunsrück)	100	64	44	50	65	-36%	-31%	14%	30%
69	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Mauel	140	120	88	69	65	-14%	-27%	-22%	-6%
70	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Fischbach-Oberraden	93	68	55	57	65	-27%	-19%	4%	14%
71	Kusel	51 - 70 Einw.	Unterjeckenbach	160	143	121	102	65	-11%	-15%	-16%	-36%
72	Neuwied	51 - 70 Einw.	Mühlpfad	105	89	73	68	66	-15%	-18%	-7%	-3%
73	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Roscheid	120	96	76	66	66	-20%	-21%	-13%	0%
74	Ahrweiler	51 - 70 Einw.	Trierscheid	73	48	67	61	67	-34%	40%	-9%	10%
75	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Scharfbilling	134	83	69	74	67	-38%	-17%	7%	-9%
76	Bad Kreuznach	51 - 70 Einw.	Brauweiler	111	98	94	63	68	-12%	-4%	-33%	8%
77	Bad Kreuznach	51 - 70 Einw.	Königsau	122	134	91	70	68	10%	-32%	-23%	-3%
78	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Gentingen	83	86	72	55	69	4%	-16%	-24%	25%

Ranking	Landkreis	Klasse	Gebiet	1950	1970	1990	2005	2013	1950-1970	1970-1990	1990-2005	2005-2013
79	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Oberstedem	127	95	82	81	69	-25%	-14%	-1%	-15%
80	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Reipeldingen	131	126	82	81	70	-4%	-35%	-1%	-14%
81	Eifelkreis Bitburg-Prüm	51 - 70 Einw.	Winringen	101	82	66	66	70	-19%	-20%	0%	6%
82	Vulkaneifel	51 - 70 Einw.	Saxler	119	86	94	87	70	-28%	9%	-7%	-20%
83	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Bauler	167	146	82	70	71	-13%	-44%	-15%	1%
84	Vulkaneifel	71-80 Einw.	Brücktal	87	78	99	95	71	-10%	27%	-4%	-25%
85	Ahrweiler	71-80 Einw.	Eichenbach	80	64	63	66	72	-20%	-2%	5%	9%
86	Vulkaneifel	71-80 Einw.	Borler	140	138	105	86	72	-1%	-24%	-18%	-16%
87	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Birtlingen	84	48	73	72	73	-43%	52%	-1%	1%
88	Mayen-Koblenz	71-80 Einw.	Acht	119	130	86	90	74	9%	-34%	5%	-18%
89	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Emmelbaum	68	85	80	73	74	25%	-6%	-9%	1%
90	Trier-Saarburg	71-80 Einw.	Sommerau	111	82	62	71	74	-26%	-24%	15%	4%
91	Altenkirchen	71-80 Einw.	Volkerzen	109	75	68	94	75	-31%	-9%	38%	-20%
92	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Harspelt	107	92	95	82	75	-14%	3%	-14%	-9%
93	Bernkastel-Wittlich	71-80 Einw.	Diefenbach	43	37	51	74	76	-14%	38%	45%	3%
94	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Lascheid	123	109	109	71	76	-11%	0%	-35%	7%
95	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Kesfeld	123	110	99	92	77	-11%	-10%	-7%	-16%
96	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Lierfeld	67	63	67	84	77	-6%	6%	25%	-8%
97	Vulkaneifel	71-80 Einw.	Kirsbach	119	101	99	82	77	-15%	-2%	-17%	-6%
98	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Dauwelshausen	106	91	86	94	78	-14%	-5%	9%	-17%
99	Eifelkreis Bitburg-Prüm	71-80 Einw.	Niehl	88	75	74	65	78	-15%	-1%	-12%	20%
100	Ahrweiler	71-80 Einw.	Dankerath	115	105	109	98	79	-9%	4%	-10%	-19%

Legende:

Werte über 51	Werte von -1 bis -20
Werte von 21 bis 50	Werte von -21 bis -50
Werte von 0 bis 20	Werte unter -51

7.4 Fragebogen der Studie

Hintergrund

In Rheinland-Pfalz gibt es circa 2.000 Ortsgemeinden, davon haben 5 Prozent weniger als 80 Einwohner. Viele dieser 100 Gemeinden haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten keine bedeutenden Bevölkerungsentwicklungen erlebt. Sie sind dementsprechend schon lange Wohn- und Lebensort für eine sehr geringe Anzahl von Bewohnern.

Mit Blick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz sollen diese Gemeinden nun genauer in Bezug auf ihre Organisation untersucht werden: Wie funktionieren diese Kleinstgemeinden als Lebens- und Wohnort? Inwiefern trägt das ehrenamtliche Engagement der Bewohner zur Aufrechterhaltung von Strukturen bei?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., die die Studie „Unsere 100 kleinsten Dörfer“ beauftragt hat.

Um einer Antwort näher zu kommen werden die 100 kleinsten Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz interviewt, zu denen auch Ihre Gemeinde gehört.

Die Entwicklungsagentur ist eine gemeinsame Einrichtung des Innenministeriums Rheinland-Pfalz und der Technischen Universität Kaiserslautern. Sie hat die Aufgabe für Zukunftsthemen der Kommunalentwicklung modellhafte und übertragbare Lösungswege zu erdenken, erproben und zu verbreiten.

Ziel

Ziel der Studie ist es, Faktoren abzuleiten, die dazu beitragen, dass Gemeinden mit wenigen Einwohnern zukunftsfähig bleiben. Dabei spielt auch die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Gemeinden eine Rolle, denn in naher Zukunft werden immer mehr Gemeinden in die Situation kommen, trotz weniger Einwohner Strukturen und Funktionen aufrecht zu erhalten. Im Fokus stehen insbesondere auch ehrenamtliche Strukturen, sei es in der Kommunalpolitik, der Daseinsvorsorge oder Freizeitgestaltung.

Die zentrale Frage lautet dementsprechend: Was können andere Gemeinden in Rheinland-Pfalz von Kleinstgemeinden lernen, um mit den Auswirkungen des demografischen Wandels besser umzugehen?

Formalia

Die von Ihnen angegebenen Daten werden vertraulich und nur zum angegebenen Zweck in der Studie „Unsere 100 kleinsten Dörfer“ verwendet.

Die Auswertung aller Informationen erfolgt anonymisiert. Die Ergebnisse werden stark abstrahiert, sodass keine Rückschlüsse auf Ihre Person möglich sind.

Selbsteinschätzung zum demografischen Wandel

Wie sehen Sie den demografischen Wandel?

Mit den folgenden Fragen bitten wir Sie, die Situation vor Ort einzuschätzen. Dabei interessieren uns Ihre Meinung und Ihr Erfahrungsschatz als Ortsgemeindebürgermeister.

Die Fragen gehen auf einzelne Aspekte ein, die unter dem Begriff „demografischer Wandel“ zusammengefasst werden können. Dabei möchten wir auf Ihre persönliche Wahrnehmung der Entwicklungen eingehen.

1. Wie hat Ihrer Meinung nach sich die Bevölkerungszahl in den letzten 15 Jahren in Ihrer Ortsgemeinde entwickelt?
 - Die Bevölkerungszahl ist zurückgegangen.
 - Die Bevölkerungszahl ist gleich geblieben.
 - Die Bevölkerungszahl ist angestiegen.

2. Gibt es Ihrer Einschätzung nach mehr ältere Menschen Ihrer Gemeinde als vor 15 Jahren?
Bitte schätzen Sie die Entwicklung auf einer Skala von 1 bis 5 ein.

weniger	gleichbleibend			mehr
1	2	3	4	5

3. Wie hat sich in den letzten Jahren der Leerstand in Ihrer Gemeinde entwickelt: Stehen vermehrt Immobilien leer?
Bitte schätzen Sie die Entwicklung auf einer Skala von 1 bis 5 ein.

weniger	gleichbleibend			mehr
1	2	3	4	5

4. Bemerken Sie bereits heute Probleme bei der Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastruktur?
Bitte schätzen Sie die aktuelle Lage auf einer Skala von 1 bis 5 ein.

- Wasserver- und -entsorgung

kaum				sehr stark
1	2	3	4	5

- Energieversorgung

kaum				sehr stark
1	2	3	4	5

- Abfallbeseitigung

kaum			sehr stark	
1	2	3	4	5

- ÖPNV

kaum			sehr stark	
1	2	3	4	5

- Medizinische Versorgung

kaum			sehr stark	
1	2	3	4	5

- Schulen, Kitas

kaum			sehr stark	
1	2	3	4	5

- Weiteres: _____

Bereitstellung der Daseinsvorsorge

Zur Bereitstellung der Daseinsvorsorge gehören verschiedene Aufgaben, die Sie selbstständig wahrnehmen oder als Ortsgemeinde an die Verbandsgemeinde abgeben können.

Im Folgenden möchte ich von Ihnen wissen, welche Aufgaben der Selbstverwaltung Sie wahrnehmen und ob Sie Kooperationen eingegangen sind, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen bzw. Strukturen vorzuhalten.

5. Welche Aufgaben der Selbstverwaltung nehmen Sie im Ortsgemeinderat wahr?

- Aufstellung des Haushalts: ☐ ja ☐ nein
- Trägerschaft von Grund- und Hauptschulen: ☐ ja ☐ nein
- Bau und Unterhaltung zentraler Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen: ☐ ja ☐ nein
- Bau und Unterhaltung überörtlicher Sozialeinrichtungen: ☐ ja ☐ nein
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung: ☐ ja ☐ nein
- Keine.

6. In welchen Bereichen kooperieren Sie bereits mit anderen kommunalen Trägern?

1. Kooperationspartner: _____
Bereich: _____
 2. Kooperationspartner: _____
Bereich: _____
 3. Kooperationspartner: _____
Bereich: _____
 4. Kooperationspartner: _____
Bereich: _____
- Wir haben keine Kooperation mit anderen kommunalen Trägern.

In Rheinland-Pfalz gibt es verschiedene innovative Projektansätze, die die Daseinsvorsorge auch in kleinen Siedlungsstrukturen ermöglichen. Viele davon werden durch Programme auf Landes- oder Bundesebene gefördert. Zu diesen Ansätzen gehören zum Beispiel der Bürgerbus oder die Dorfschwester.

7. Welche der nachfolgenden Ansätze ist Ihnen bekannt und welche davon kommen in Ihrer Ortsgemeinde zum Einsatz?

- Bürgerbus: ☐ unbekannt ☐ bekannt ☐ in Anwendung
- Gemeindeschwester plus: ☐ unbekannt ☐ bekannt ☐ in Anwendung
- Dorferneuerung: ☐ unbekannt ☐ bekannt ☐ in Anwendung
- Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“:
☐ unbekannt ☐ bekannt ☐ in Anwendung
- Weitere: _____
- Keine.

Kommunalpolitik und Ehrenamt in Kleinstgemeinden

In solch kleinen Gemeinden, wie Ihre eine ist, werden viele Strukturen wahrscheinlich allein durch ehrenamtliches Engagement aufrechterhalten.

Mit den folgenden Fragen möchte ich von Ihnen erfahren, welche ehrenamtlichen Strukturen es in Ihrer Gemeinde gibt und wie diese organisiert sind. Außerdem würde ich gerne mehr über den politischen Alltag in Ihrer Gemeinde wissen.

Zunächst wie das Ehrenamt organisiert ist:

8. Wie viele ehrenamtliche Vereine und Initiativen gibt es in Ihrer Ortsgemeinde und womit beschäftigen sie sich?

- Ja, gibt es und zwar
 - Sportverein: ☐ ja ☐ nein
Wie viele?: _____
 - Freiwillige Feuerwehr: ☐ ja ☐ nein
Wie viele?: _____

- Nachbarschaftshilfe: ☐ ja ☐ nein

Wie viele?: _____

- Landfrauen: ☐ ja ☐ nein

Wie viele?: _____

- Flüchtlingshilfe: ☐ ja ☐ nein

Wie viele?: _____

- Weiteres

- Es gibt weder Vereine noch Initiativen in unserer Ortsgemeinde.

9. Welche Rolle spielt die Kirche/das Kirchspiel in Ihrer Gemeinde in Bezug auf Ehrenamt?

10. Wie viele Personen sind Ihrer Meinung nach ehrenamtlich engagiert?

0-10	10-20	20-50	50-100	mehr als 100
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Welcher Altersgruppe gehören die Ehrenamtlichen in Ihrer Ortsgemeinde überwiegend an?

- Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre)
- Berufstätige (19 bis 65 Jahre)
- Senioren (ab 65 Jahre)

Widmen wir uns dem Ehrenamt in der Kommunalpolitik. Wie auch in den anderen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, sind Sie, genauso wie Ihr Ortsgemeinderat, ehrenamtlich tätig.

Sie haben mir bereits oben die Aufgaben genannt, die Sie wahrnehmen,...

...nun würde uns interessieren...

12. ...ob Ihrer Meinung nach die Ebene der Ortsgemeinde geeignet ist, um die oben genannten formellen Aufgaben zu erfüllen wie zum Beispiel den Haushalt aufzustellen.

- Ja, weil
 1. _____
 2. _____
 3. _____
- Nein, weil
 1. _____
 2. _____
 3. _____

13. Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche Aufgaben würden Sie als Ortsgemeindebürgermeister gerne abgeben bzw. übernehmen?

- Aufgaben hinzunehmen:
 1. _____
 2. _____
 3. _____
- Aufgaben abgeben:
 1. _____
 2. _____
 3. _____
- Weitere Veränderungen: _____

Nachdem Sie mir in den letzten Fragen Auskunft zu organisierten und formellen Formen von Ehrenamt in Ihrer Ortsgemeinde gegeben haben, würde ich gerne mehr über den Alltag in Ihrer Gemeinde erfahren.

14. Was bestimmt die Nachbarschaftshilfe Ihrer Meinung nach in Ihrer Ortsgemeinde? Um welche Themen geht es und welche Personenkreise sind beteiligt?

- Thema: _____
Personenkreis: _____
- Thema: _____
Personenkreis: _____
- Thema: _____
Personenkreis: _____

15. Leben Zugezogene in Ihrer Ortsgemeinde und wenn ja, würden Sie sagen, dass diese Personen Teil der Gemeinschaft sind?

- Ja, es leben Zugezogene bei uns.
 - Ja, sie sind Teil der Gemeinschaft.
 - Nein, sie sind eher nicht Teil der Gemeinschaft.
- Nein, es leben keine Zugezogenen bei uns.

16. Zum Abschluss unseres Gesprächs möchte ich gerne von Ihnen als Ortsbürgermeister wissen: Würden Sie Ihre Ortsgemeinde als Wohnort weiterempfehlen und warum?

- Ja, weil
 1. _____
 2. _____
 3. _____
- Nein, weil
 1. _____
 2. _____
 3. _____